

Frage
Margarabowa
Anlaß der Ab-
li 1920.

Schmidt.
L. Beethoven.
F. Abt.
G. Wohlgenuth
J. Dürrner

des - A. Fricke.
F. Dewischeit.
Reinh. Wörz.
Max Oesten.
H. Pfeil.

Mädchen
Joseph oder später
v. Gerhardt
Margarabowa.
hnen.
hnen die Züge nach
ten
702 157 707
9 1225 535
feinen
719 149 629
40 100 610
fahren.
verwaltung.

Stobbenort
nach. 5 Uhr
nach, Vablen
stobbenort
Stobbenort

n
owa
wahl
abowa.

1 Ro-
swagen
abwasamt.
n die
immung
erhandlung

at?
schreiben und
a und eigen
ie Gelantheit
ie Herren so.
pas. Detrol.
eyer. Bes-
schlag 19).

Oleckoer Zeitung.

Allgemeiner Anzeiger für die Stadt

Die „Oleckoer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonntag. Der Druckpreis beträgt: Bei der Geschäftsstelle abgehebt: monatlich RM. 3.00, vierteljährlich RM. 9.00. Bei der Post abgehebt: monatlich RM. 3.15, vierteljährlich RM. 9.45. Durch den Postträger: monatlich RM. 3.45, vierteljährlich RM. 10.35.

Geschäftsstelle: Margarabowa, Markt 5-6, Fernruf Nr. 40.
Die Expedition der „Oleckoer Zeitung“ vermittelt Inserate an alle anderen Zeitungen zu Originalpreisen.



Margarabowa und den Kreis Olecko.

Leser werden mit 60 Wg. die 4 gelbste Abgabe über deren Name, Vorname und Adresse (Postfach) abgehebt. Die 4 gelbste Abgabe kostet 1.00 Wg. Bei Platzmangel erfolgt die Abgabe am 20. Wg. Die Abgabe kann mit bis 6 Uhr abends vor dem Ausgehen der Zeitung abgegeben werden. Höhere Beiträge für eine bestimmte Nummer richten wir bereits am Tage vorher.

Druck und Verlag: H. W. Eggan, Margarabowa.
Verantwortlich für die Geschäftsstelle: H. W. Eggan, Margarabowa.

Nr. 160. Margarabowa, Sonnabend, den 10. Juli 1920 37. Jahrgang.

bedert, ihr deutschen Herzen, in Klammern.
Schlaget zu einem Brande zusammen.

(Ordn.)

Die zweite Sitzung der Spaa-Konferenz.

Spaa, 6. Juli. Die zweite Sitzung der Konferenz, der auf deutscher Seite Reichskanzler Fehrenbach, Minister des Auswärtigen Dr. Simons und Reichswehrminister Dr. Gieseler teilnahmen, wurde kurz nach 10 Uhr durch das Erscheinen der deutschen Delegation den Anfang genommen. Die Konferenz in der Frage der Entlassung zu beenden. Der Reichskanzler erklärte, daß Reichswehrminister Dr. Gieseler dazu bereit sei, eine Entlassung auf die ganze Entwaffnungsfrage einzugehen, die gegenwärtigen Zustand. Unter Heer zu noch zweihunderttausend Mann stark. Das Material der Punkte der Abgabe nach Differenzen mit den militärischen Überwachungskommissionen bestehen. 200 000 Mann seien für die deutsche Regierung umgängliche. Sie stellen ein Minimum dessen vor, was wir brauchen angesichts der politischen Umstände, die uns wieder zum Ausbruch führen. Die wirtschaftliche Lage, das Heer der Arbeitslosen, die jüdischen und anderen Gebieten, die Schwierigkeiten, die wir mit der Einrichtung der neuen Steuern hätten, alles das mache eine starke Macht in der Hand der Regierung notwendig. Auch sei die Regierung durch das Schicksal der 200 000 Offiziere, die von der Entlassung betroffen würden, in deren Lage und deren Absichten niemand könne, in der Lage, die deutsche Regierung für außer Stande, die Wehrmacht weiter zurückzuführen.

Lloyd George ergreift darauf das Wort und stellt die Punkte auf, in denen die Alliierten Deutschland die Nicht-Erfüllung des Friedensvertrages in militärischen Dingen zum Vorwurf machen, insbesondere daß die Reichswehr aus 100 000 Mann 200 000 Mann umfasse, daß Deutschland statt der ihm zugesagten 2000 Maschinen- und 50 000 Maschinengewehre habe, statt der ihm zugesagten 280 Geschütze 12 000. An Gewehren seien zwar 15 Millionen abgeliefert und die Hälfte davon bereits geliefert. Es unterliege jedoch keinem Zweifel, daß noch außerordentlich große Bestände in den Händen der deutschen Bevölkerung seien. Was gebiete die deutsche Regierung zu tun und was habe sie bereits getan, um diese Gewehre den Alliierten auszuliefern? Der Reichskanzler antwortet, daß die deutsche Regierung ein politisches Gebotnis sei, das die Gewehre sei ein politisches Gebotnis sei ein notwendiges Gebotnis. An gegenüber sei es notwendig, daß die deutsche Regierung ein politisches Gebotnis sei ein notwendiges Gebotnis. An gegenüber sei es notwendig, daß die deutsche Regierung ein politisches Gebotnis sei ein notwendiges Gebotnis.

Reichskanzler Fehrenbach betonte darauf in sehr verständlichen lebhaften Darlegungen die Schwierigkeiten der Ausführung eines weiteren Planes. Wenn die Alliierten Deutschland Vertrauen schenken und ihm die Wehrmittel belassen würden, dann würden wir die Ausführung der Waffen und die Herabsetzung des Heeres leichter bewerkstelligen können. Er machte auch darauf aufmerksam, daß die Wehrmacht einer genügend großen Wehrmacht in Deutschland abhängig seien.

Minister Dr. Simons erwiderte sofort, daß wir nach langer der Dinge nie hätten annehmen können, daß die militärischen Fragen an erster Stelle in Spaa besprochen werden würden. Es sei zweifelhaft, ob wir bis vor-

gen vormittag in der Lage sein würden, bestimmte Plätze vorzulegen. Lloyd George erwiderte, man werde uns genügend Zeit lassen. Ministerpräsident de la Croix setzte darauf die nächste Sitzung auf Mittwoch 14 Uhr nachmittags fest.

Ein Willkommenstruß!

Der Ehrentag, an dem die Masuren, Ermländer, und Westpreußen ihr freies Vaterland zum deutschen Reich abgaben, naht. Der 11. Juli steht vor der Tür. Wir bilden mit Vertrauen diesen Zeitpunkt entgegen. Dieses feste Vertrauen gründet sich besonders auf eure Treue, Deutsche Volksgenossen, die ihr, ob reich oder arm, alt oder jung, in so gewaltigen Scharen herbeigeströmt seid, um eure Stimme abzugeben. Wir freuen uns, daß ihr heute sagt, daß die Schlacht gewonnen ist, bevor sie begonnen hat. Und nicht zuletzt durch eure Mühen. Seid uns herzlich gedankt, die ihr aus Großstädten und Dörfern, aus den Rheinlanden und Westfalen die Fahrt nach Ostland angetreten habt. Seit den heroischen Tagen von 1914 haben wir Deutsche keine so stolze Vaterlandsliebe erlebt, wie wir sie jetzt bei der Wahl zum Reichstag erleben. Ihr seid mit eurer Tatkraft eine große vaterländische Tat, die uns Deutschen in einer Zeit trostlosen politischen und stiftlichen Tiefstandes wieder den Glauben an den deutschen Volkscharakter leihen. Das wir für das nachwuchsende Geschlecht eine heilige Stunde sein, wenn ihr mit uns am 11. Juli dem deutschen Vaterlande erneut den Treuehahn leidet: „Die Stätte, wo wir als Kinder der Freiheit, wo die Sprache unserer Mutter uns als Wiegengeläng erklang, wo wir am Weihnachtsabend in der Kirche saßen, wo wir unsere Gebete beteten, unseren Gott lobten und priesen, unsere Tränen vergossen haben, wo die Wunder der Liebe über uns kamen unsere Heimat, unsere Kinder sollen heilig bleiben, es solle, was es wollte! Unsere Kinder sollen erwachsen in einem freien Lande, von der Heimat kräftigen Willen gestärkt!“

Des Vaterlandes Not bleibt unsere höchste Not; wer da helfen darf, ist geehrt für alle Zeit. Seidende, tiefende Liebe bleibt das beste Salz in aller Menschenwelt. Wenn das nachwachsende Geschlecht euren Beispiel der Treue gegen das deutsche Volkstum nachahmt, dann wird die deutsche Erde vielleicht einmal grünen und ihren Wipfel stolz erheben.

Holl Stolzess wollen wir uns der Worte erinnern, die Hindenburg über unsere Heimat und uns in seinen Erinnerungen nach der Tannenberg-Schlacht niederschrieb:

„Rekonstitutionsboden Deutschlands, für dessen Befriedung jederzeit das zerrissene Vaterland wahrlich nicht die schlechtesten Kräfte abgab! Sein wertvollster Schatz liegt in der Arbeit und in der Gesinnung seiner Bewohner. Ein einfaches, pflichtvolles, deutsches Volk. Es ist mir, wie wenn Kants Lehre vom kategorischen Imperativ hier nicht nur gepredigt, sondern auch besonders ernst verstanden und die Welt der Wirklichkeit und des Schaffens übertragen worden ist. Kalt! Kalt! deutschen Volksstämme haben sich hier in jahrhundertelanger schwerer Kulturentfaltung zusammengefunden und sich dabei ihren harten Willen angeeignet, der dem Vaterlande in schweren Zeiten manche unschätzbare Dienste geleistet hat. ... Rege um euch alle nicht das einigende goldene Band der weltlichen Menschlichkeit sondern auch das Stahlband der gleich hohen Vaterlandspflicht! Verleiht dieses Stahlband immer weiter, bis es zur ehernen Mauer wird, in deren Schutz ihr leben wollt und einzig und allein leben könnt im Kampf der Brandung der europäischen Welt. Glaukt mir, die Brandung wird anhalten! Keine menschliche Stimme wird sie bannen, kein menschlicher Vertrag wird sie schwächen. Wehe uns, wenn die Brandung ein Stück von dieser Mauer abbrechen findet! Es würde zum Sturz der europäischen Völkerwogen gegen die noch stehende deutsche Feste werden!“

Das Urteil im Mordprozess Blau.

Berlin, 5. Juli. Im Mordprozess Blau verurteilte das Gericht Hoppe zu sechs Jahren Zuchthaus, Winkler zu drei Jahren Gefängnis, unter Anrechnung von acht Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Richmann wurde freigesprochen.

Die polnischen Putschpläne.

Berlin, 7. Juli. Aus Warschau wird der „Völkischen Allgemeinen Zeitung“ gemeldet: Es ist hier ein Putsch bekannt geworden, der die Heimwehr T. C. W. (Abteilungen für die polnische militärische Organisation) trägt und an alle Führer gelangt. Er lautet folgendermaßen: Es ist mit Sicherheit auf große Unruhen seitens der Deutschen in den Abstammungsgebieten zu rechnen. Es ist unter allen Umständen zu vermeiden, in irgendwelcher Form durch Provokationen die Gemüter aufzupeitschen. Sollten jedoch von deutschen Hauptkommandos polnische Sammelorte angestreift werden, so sind sofort alle zur Verfügung stehenden Kräfte zum kräftigen Gegenstoß zu führen. Der Deutsche vorant mit Bestimmtheit rechnen, ist dünn genug, sich zu Gewalttätigkeiten hinreißen zu lassen. Das muß sofort ausgenutzt werden. Günstige Kräfte jenseits der Grenze sehen zur Verfügung. Allen Unterführern ist dieser Befehl bekannt zu geben. Bei deutschen Unruhen soll rüchdisches vorgegangen werden. Geheiß in Polen sind bereits ausgesandt. Dieser Befehl trägt die Unterschrift Solfowski, der aber nicht als Eigenname, sondern als Bezeichnung für die Sozialvereinigungen anzusehen ist, das Heimmur Putsch sowie die Parole „Gott!“

Im Zusammenhang mit diesem Befehl steht ein am 2. Juli in Gumburg ausgegebener Regimentsbefehl: „Der Putsch ist in den nächsten Tagen an die Grenze, gegenüber von Gransee. Sollte die Abstimmung für Polen scheitern, so hat das Putsch den Auftrag, gewaltsam in das Abstammungsgebiet einzutreten, Gransee einzunehmen und zu besetzen.“

Im Zuge von Gumburg nach Marienwerder trafen gestern zwanzig Leute ein, die offenbar polnische Soldaten in Zivilkleidung waren. Unter diesen Leuten sind fünfzehn ehemalige holländische Soldaten in Marienwerder eingetroffen. Sie stehen noch im Verhältnis zum Heer, und zwar gehören sie zum größten Teil den Garnisonen von Gumburg und Thorn an. Sie sind unter dem Vorwand, Abstammungsbedürfnisse zu sein, über die polnische Grenze gekommen, um in geeigneten Augenblick einzutreten. Da auch von anderen Seiten ähnliche Nachrichten eintreffen, ist es erforderlich, daß sofort dem Auswärtigen Amt in Verbindung mit dem Reichswehrminister Schritte unternommen werden, um den Schuß der wehrlosen deutschen Bevölkerung des Abstammungsgebietes, die sich in der geistlichen Erregung befinden, zu parieren.

Die „Allgemeine Zeitung“ meldet: In einer Unterredung erklärte der englische Botschafter Bannet von der internationalen Kommission, daß an einen gewaltsamen Einmarsch der Polen nicht zu denken sei, da Polen gegenwärtig alle seine Truppen an der belgisch-deutschen Front sehr dringend benötige und auch die ausgehenden Grenzen Polens viel Militär in Anspruch nehmen. Sollten jedoch die Polen versuchen, die Grenze zu überschreiten, dann würden die internationalen Besatzungstruppen sofort energische Abwehrmaßnahmen ergreifen, nötigenfalls würden die Reichswehrtruppen herangezogen. Man solle nicht glauben, daß die mitgeführten Kanonen etwa zum Spartenfischen da wären. Ferner konnten auch die Besatzungstruppen des Abstammungsgebietes herbeordert werden. Auf den Einwurf, daß die heimische Besatzungstruppe doch größtenteils aus Franzosen bestünde, die mit Polen sympathisierten, erklärte Oberstleutnant Benoit, daß die Entente noch dieselbe sei, die sie im Krieg gewesen und daß der Friedensvertrag unbedingt gewahrt werden müsse. Er fügte hinzu, daß es im eigenen Interesse der Bevölkerung liegt, größte Ruhe gegen die Minderheit zu bewahren und vor allem rüchdische Ausschreitungen zu vermeiden. Gegen jeden Ausschreitenden gleich welcher Richtung würde rüchdisches vorgegangen werden. Es würden hierdurch Kommissionen entstehen, die für das ganze Gebiet einen längeren Aufenthalt der Besatzungstruppen zur Folge haben würden.

Spaa nur ein Vorspiel.

Berlin, 7. Juli. Nach Schweizer Meldungen vermittelt man in Paris, daß die Konferenz in Spaa trotz der Schwierigkeiten des Anfangs nicht länger als eine Woche dauern wird. Aber immer lauter wird der Zweifel vorgetragen, ob die erste Besprechung zwischen den Gegnern irgendwelches Ergebnis haben wird. Ganz offen wird deshalb die Vermutung ausgesprochen, daß die heutige Konferenz nur das Vorpiel zu einem umfangreichen Kongress sein dürfte. Das ist die Meinung der „Deutschen“. Sie schreiben: Dieser Ausgang wäre gar

der feindlichen veritlenen Armee gehen in Richtung Kle-
wan. Südlich von Gathezow haben unsere Abteilungen
in heldenmütigem Gegenangriff die in den gestrigen
Kämpfen verlorenen Ortschaften Szychowice und Kara-
czynow wieder erobert.

Lies!

es ist hochwichtig!

I. Dein Stimmzettel enthält die Worte:

Ostpreußen

(Prusy wschodnie)

Streiche nicht das Wort „Prusy wschodnie“ weg.
Wenn Du es tust, ist Deine Stimme
ungültig.

II. Gibt man Dir einen Stimmzettel, auf dem
nur das Wort „Ostpreußen“ oder „Deutsch-
land“ steht, so vernichte ihn. Dieser Stimm-
zettel ist **ungültig!**

III. Bei der Stimmabgabe achte auf folgendes:

1. Streiche nichts auf dem Stimmzettel und
setze nichts dazu.
2. Risse den Zettel nicht, kennzeichne ihn auch
sonst in keiner Weise.
3. Sieh nach, ob der Umschlag, der Dir im
Wahllokal ausgehändigt wird, leer ist.
4. Steck den richtigen Stimmzettel in den
Umschlag.
5. Steck nicht mehrere Stimmzettel in den Um-
schlag, sonst sind alle Zettel **ungültig.**

Immer noch Kriegsgefangene in Frankreich.

Paris, 6. Juli. Nach einer Bemerkung der „Agence
Havas“ über die Nachricht der „Frankfurter Zeitung“,
dass noch deutsche Kriegsgefangene in Frankreich

stattet.
Wortl
gehen
hinder

abend
die Sie
wird o
digen
entsen
tionen
Konfer
dürfe,
Reichs
des he
nach S

stündig
terließ,
die Kon
Beginn
Berham
Lloyd C
so verst
faillies
Dr. Str
die Erf
erfüllen
finden

Die
George
damit b
wollten
wünsche
Termin.
stimmt u
nämlich
Den
werden